

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

13.2.1891 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Februar.

№ 43.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Beträge oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 7. bezw. 9. d. M. ist Folgendes bestimmt:

Stab des Generalkommandos 14. Armeecorps:
v. Garnier, Premierlieutenant vom Großen Generalstabe, unter Beförderung zum Hauptmann, zum Generalstabe des 14. Armeecorps versetzt.

55. Infanterie-Brigade:
v. Fund, Generalmajor und Kommandeur, unter Beförderung in dem Kommando zur Vertretung des Direktors des Militär-Oekonomiedepartements im Kriegsministerium, zu den Offizieren von der Armee versetzt.

v. Pleß, Oberst und Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Kommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß, unter Beförderung zum Generalmajor, zum Kommandeur der 55. Infanterie-Brigade ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Februar.

Die erste und größte Sorge des neuen italienischen Ministeriums besteht darin, ohne Schädigung der wichtigsten Staatsinteressen bedeutende Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen. Es heißt, man sei in einem gestern abgehaltenen Ministerrathe darüber einig geworden, daß der Heeresetat um 10 Millionen verringert werden könne, während man im Marinebudget sogar 12 Millionen glaubt sparen zu können. Der neue Minister des Innern, Baron Nicotera, ist bereit, die geheimen Fonds um eine halbe Million herabzusetzen. Der neue Minister des königlichen Schatzes, Luzzati, hat die Direktoren der sämtlichen sechs Zettelbanken zu einer Berathung nach Rom eingeladen, woraus in Finanzkreisen geschlossen wird, daß die Herstellung einer Einheitsbank auf das Programm der Regierung gesetzt werden dürfte. Was die Stellung der Parteien zu der neuen Regierung betrifft, so hat die äußerste Rechte unter dem Vorhitz Bonghi's beschlossen, das Ministerium zu unterstützen; die äußerste Linke will eine vorläufig abwartende Haltung einnehmen. Der neue Justizminister hat mit seinem Amtsvorgänger Zanardelli eine Unterredung gehabt; er will die Reformen des Letzteren im Strafrecht, im Strafvollzug und in der Organisation der Gerichte fortsetzen. Dagegen glaubt man, daß die Gesekentwürfe betreffend die Reduktion der Präfekturen und der Entziehung des Equatur der Bischöfe zurückgezogen werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Branca, hat sich im Gespräch zu einem Deputirten geäußert, die Kammer könne dem neuen Ministerium keine Opposition machen, denn die Regierung wolle das Ersparnisprogramm ausführen, das die Kammer selbst aufgestellt habe. Dann fuhr er fort: „Wir wünschen die öffentliche Meinung des Auslandes zu beruhigen bezüglich unserer Absichten, die durchaus friedlicher Natur sind. Nur auf diesem Wege kann neues ausländisches Kapital,

das wir nicht entbehren können, nach Italien gebracht werden.“ Die „Opinione“, die jetzt Fühlung mit Regierungskreisen zu haben scheint, erklärt: „Man hoffte zu viel in Paris, man fürchtete zu sehr in Berlin. Die italienische Politik bleibt der allgemeinen Richtung nach unumwandelbar in ihrem alten Geleise. Frankreich hat keine Feindseligkeit und Deutschland keine Axtreue zu fürchten. Unser Interesse schreibt uns vor, weder Frankreich feindselig, noch Deutschland untreu zu sein.“ Diese Aeußerungen stehen mit den bisherigen Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten im Einklang. Es ist zu ihnen nur zu bemerken, daß in Berlin „Befürchtungen“, zu denen der italienische Ministerwechsel Anlaß gegeben hätte, überhaupt nicht laut geworden sind; man ist vielmehr vom ersten Augenblick der römischen Kabinettskrisis an überzeugt gewesen, daß Italiens auswärtige Politik von dem Wechsel des Ministeriums unberührt bleiben würde.

Die Versuche zur Versöhnung der beiden irischen Partigruppen werden jetzt von den irischen Abgeordneten selbst als vorläufig gescheitert angesehen. Wir theilten schon in der vorigen Nummer ein nach Schluß der Redaktion eingetroffenes Telegramm mit, dem zufolge Parnell an den Führer der andern irischen Gruppe, Mac Carthy, einen Brief gerichtet hat, in dem er erklärte, daß er gegenwärtig jede Hoffnung auf einen Ausgleich aufgegeben habe. Diese Erklärung kam einem Abbruch der Verhandlungen gleich. Parnell sucht nun sein Verhalten vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Es liegt aus London folgende Nachricht vor: „Diese Blätter veröffentlichen ein Schreiben Parnells an O'Brien, in welchem er den Abbruch der Unterhandlungen damit erklärt, daß es ihm unmöglich gemacht worden sei, die nationalen Interessen Irlands als so sichergestellt zu betrachten, daß er ohne Gefahr für die irische Sache die ihm von der irischen Nation übertragene Führerschaft niederlegen könnte.“ Ergänzt wird diese Meldung durch folgende Depesche aus Boulogne s. M., dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte der aus Amerika zurückgekehrten irischen Abgeordneten Dillon und O'Brien: „Die Deputirten O'Brien und Dillon erließen ein Manifest, in welchem sie beklagen, daß das für die irische Sache so notwendige Einvernehmen, welches von der Mehrheit des Volkes und zahlreichen irischen Deputirten ersehnt wurde, gescheitert sei infolge der Bitterkeit der Beteiligten und des nutzlosen Gezänzes über Fragen von formeller Bedeutung. O'Brien und Dillon weigern sich, länger an dem häuslichen Zwist der irischen Partei theilzunehmen; sie erklären, sie würden morgen nach England abreißen, um sich den Behörden zu stellen und in das Gefängniß zu wandern.“ Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Parnell diese Wendung der Angelegenheit absichtlich herbeigeführt hat, um die Führerschaft der ihm treu gebliebenen Gruppe aufrecht erhalten zu können. Es war, wie aus seinen früheren Reden hervorgeht, im Beginn der Auseinandersetzungen zwischen den beiden irischen Gruppen sein fester Wille, sich unter keinen Umständen aus der Führerschaft herausdrängen zu lassen. Von Parteigenossen wurde dann ein so starker Druck auf ihn ausgeübt, daß er sich

plötzlich bereit finden ließ, zurückzutreten, aber er knüpfte das Zugeständniß seines Rücktritts an Bedingungen, die er im Verlaufe der Verhandlungen verschärfte. Er verlangte, daß Gladstone seine bisher unzulänglichen Konzessionen auf dem Gebiete von Home-Rule dadurch annehmbar mache, daß er die irische Gendarmerie in eine Schutzmannschaft mit civilem Charakter verwandle und die Erledigung der Landfrage dem im Home-Rule-Programm vorgesehenen neuen irischen Parlamente überlasse. Wie es scheint, hat sich Gladstone bereit finden lassen, diese Zugeständnisse zu machen, und in englischen radikalen, sowie in irischen Kreisen schmeichelte man sich bereits mit der Hoffnung, daß Parnell nunmehr gehen werde. Aber man täuschte sich, denn Parnell stellte plötzlich eine neue Bedingung. Er sagte: Gladstone ist alt, sein Versprechen ist daher nicht viel werth, zumal wenn bei den nächsten Wahlen der Sieg noch nicht auf Seiten der Liberalen sein sollte; das einzig Zufriedenstellende wäre daher eine schriftliche Erklärung, in welcher die Hauptmitglieder der liberalen Partei sich solidarisch verpflichten, sobald die letztere wieder an's Ruder kommt, die von Gladstone gegebenen Versprechen einzulösen. Daß die Anwärter auf die liberale Führerschaft sich zu einer derartigen Erklärung nicht herbeilassen werden, mußte Parnell ebenjotut wissen, wie jeder ferner stehende Beobachter. Soll doch Sir William Harcourt, der die größten Aussichten auf Gladstone's Nachfolge hat, die von Gladstone gemachten Zugeständnisse durchaus gemißbilligt haben. Sieht man sich diese Dinge etwas genauer an, so kann man kaum noch daran zweifeln, daß es Herrn Parnell mit dem Anerbieten seines Rücktritts überhaupt niemals ernst gewesen ist und daß er nur eine Gelegenheit suchte, dieses Anerbieten zurückzunehmen zu können.

Nachdem der Indianerkrieg endlich beigelegt ist, handelt es sich jetzt darum, durch eine Verständigung zwischen der amerikanischen Regierung und den Indianern die Gefahr erneuter Konflikte aus dem Wege zu räumen. Eine in Washington angekommene Abordnung von Sioux-Indianern hatte am Samstag eine Unterredung mit dem Sekretär des Innern, Noble, und dem Kriegsminister Proctor. Der Häuptling John Graß sagte, die Indianer wünschten nicht, in das wilde Leben zurückgetrieben zu werden. Sie wollten dem Präsidenten Vorstellungen mit Bezug auf die Zukunft sowie auch wegen gewisser unerfüllt gebliebener Versprechen machen. Man solle nicht alle Indianer wegen der Fehler einiger tadeln, und die Agenten sollten Civilisten, nicht Militärs sein. Der Häuptling „American Horse“ zählte die Beschwerden der Rothhäute auf und erhob Einspruch dagegen, daß die Agenten die untergeordneten Posten in der Agentur mit ihren Freunden besetzen; von Rechts wegen sollten die Indianer diese Posten erhalten. Im Ganzen scheint die Regierung der Vereinigten Staaten den erfüllbaren Wünschen der Rothhäute wohlwollend gegenüberzustehen, sowohl aus Gründen der Gerechtigkeit wie auch in der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung des glücklich wiederhergestellten Friedens im allgemeinen Interesse liege.

Au Richard Wagners Todestag.

8. Als vor acht Jahren das welt-hellsichtige Auge des Bayreuther Meisters sich zum letzten Schimmer schloß, da fühlte die ganze gebildete Welt den Schmerz eines solchen Verlustes, und wenn der Kreis der Freunde sich mit dem Gelübniß der Treue nun noch enger zusammenschloß, so besahlich auch die Feinde nun, da sie Wagner inmitten seines übermenschlichen Schaffens den allzumenschlichen Tribut des Todes zahlen sahen, ein Gefühl der Ehrfurcht, das ihren Eifer lähmte und das sie theilweise sogar zu nachträglichen Ehrenbezeugungen gegen den Schöpfer des Musikdramas nötigte. So erweckte denn der Tod des nimmermüden Meisters ein tausendfältiges, reiches Gedankenleben, und die Presse jener Zeit förderte eine fast unübersehbare Menge von Nachrufen und Betrachtungen voll leidenschaftlicher und schmerzbetroffener Begeisterung — wie auch von vornehm kühler „Unparteilichkeit“ zu Tage. Die Theater traten das Andenken des großen Verstorbenen durch zum Theil völlig ungenügende Aufführungen seiner Werke, die Konzertschreiber spielten mit mehr oder weniger gutem Willen den „Trauermarsch“ aus der Götterdämmerung, und wenn auch nur selten „würdige Klage erklang, wie sie des bekehrten Helden werth“, so war doch fast überall das Bemühen ersichtlich, der großen Bedeutung dieses schmerzvollen Geschehens Rechnung zu tragen. Nur an unseren Hochschulen blieb es stille. Nur wenige von den Führern unserer geistigen Entwicklung erhoben ihre Stimme, und unter diesen wenigen hat einer so warme, hohe und wirklich des bekehrten Helden würdige Worte gesprochen, daß wir kaum eine schönere literarische Gedenkfeier für den 13. Februar wüßten, als wenn wir nun diesen damals fast nur dem Schülerkreise bekannt gewordenen Nachruf unseren Lesern bekannt geben. Ein erhöhtes Interesse dürfte derselbe wohl auch dadurch erwecken, daß sein Autor der bekannte Literarhistoriker Michael Bernays nunmehr unser Mitbürger ist. Als Bernays am zweiten Tage nach Wagners Tode in München das Ratheder befragte, von dem

aus er seinen zahlreichen Schülern eine Vorlesung über Goethe's zweiten „Faust“ zu halten gedachte, stand seine Seele noch ganz und voll unter dem erschütternden Eindruck der Todesstunde, und um seinem Schmerz Ausdruck zu verleihen und zugleich fruchtbringende Saat in die Seelen seiner Schüler zu streuen, faßte er tiefste Empfinden und edelste Gesinnung in einem Nachruf zusammen, den er dem großen Todten zollte, dessen Gedanktag wir nun mit einer Rekapitulation jener schönen und so bedeutungsvollen Worte zu feiern gedenken. Wir lassen nun den Nachruf in seinem Wortlaut folgen:

Seitdem wir, vor zwei Tagen, zum letzten Male in diesen Räumen vereinigt waren, hat eine Todesstunde uns getroffen, die Niemanden, der an den Geschichten deutscher Kunst als Deutscher theilnimmt, gänzlich ungerührt lassen kann. Der Schöpfer des „Tristan“, des „Siegfried“, der „Meisterfänger“ ist durch einen jähen Griff des Todes aus den Reihen der Lebenden hinweggenommen worden. Man braucht keiner Partei anzugehören — und meinen Freunden ist bekannt, wie ich alles Getriebe der Parteien in Kunst und Wissenschaft von Herzensgrund verabscheue — man braucht keiner Partei anzugehören, um in dem Augenblicke, da einem solchen Geiste die Erdenbahn erlischt, von jener erhabenen Behmuth ergriffen zu werden, die uns beim zeitlichen Untergang des Großen bemächtigt. Wir persönlich scheint es angemessen, gerade an dieser Stätte dies Gefühl in Worten hervortreten zu lassen; an dieser Stätte, wo, unberührt von den Leidenschaften, dem ziellosen Wünschen und Wollen der Menge, hoch erhaben über die wechselnden Bestrebungen des Tages, der nur Verworrenes in Verworrenen spiegelt, wir in wissenschaftlicher Abgeschlossenheit und in wissenschaftlicher Freiheit uns der Betrachtung und Erforschung der Geistesgeschichte der Menschheit, vor Allem unseres Volkes widmen. Es scheint mir angemessen, daß dieses Gefühl, wenn auch in bescheidenster Form, zum Ausdruck komme auf einem Ratheder der ersten Hochschule des Landes, dessen großartig waltender König mit einem in der gesammten Kunstgeschichte nicht wieder bezeugten

Hochsinne den Künstler, der die Mächte der Gegenwart wider sich aufgerufen, aus der Enge des Daseins emporhob, ohne ihm neue, glänzendere Fesseln anlegen zu wollen und ihm Freiheit schaffte, so daß er nur dem Gebote seines Genies dienen sollte. Mit größtem Rechte konnte Wagner unserm Herrn und König die Worte zurufen, die Tasso in übertriebener Dankbarkeit an Alfonso von Este richtete:

Tu, magnanimo — il qual ritogli
Al furor di fortuna e guidi in porto
Me peregrino errante e fra gli scogli
E fra l'onde agitato, e quasi absorto —

oder wie Goethe im Anfang an diese Verse seinen Tasso sagen läßt:

Du warst allein, der aus dem engen Leben
Zu einer schönen Freiheit mich erhob;
Der jede Sorge mit dem Haupte nahm,
Mir Freiheit gab, daß meine Seele sich
Zu mutigem Gesang entfalten konnte.
Und welchen Preis nun auch mein Werk erhält,
Dir dank ich ihn, denn Dir gebührt es zu.

Welchen Preis die Nachwelt den einzelnen Werken Wagners anerkennen wird — es wäre Vermessenheit, dies jetzt auch nur andeutend bestimmen zu wollen. An seinem Wirken aber, an dem Wirken des Künstlers, des lehrenden und ahnenden, des bewegenden und aufrüttelnden Schriftstellers, an der Gesamtheit dieses Wirkens, das sich in die Zukunft fortzureden muß, kann die Nachwelt nicht achtlos vorübergehen.

Wie überauswänglich auch unser Volk mit allen Gaben des Geistes, mit allen Herrlichkeiten der Kunst und Wissenschaft ausgestattet ist, wie zahlreich sich auch in ihm die schaffenden Geister drängen, dennoch ist Deutschland nicht reich an einzelnen Erscheinungen, welche die Theilnahme der gesammten Welt, so weit sie dem Kulturleben erschlossen ist, erwecken und an sich fesseln. Seit dem Heimgange Goethe's sah Deutschland keinen künstlerisch schaffenden Geist erstehen, der so wie Richard Wagner

Der Denkschrift des Reichskanzlers über die Enquete in Sachen der Tabaksteuer ist eine Uebersicht über den Umfang des Tabakbaues in den bedeutendsten Anbaudistricten des deutschen Zollgebietes beigegeben. Darnach ist im Erntejahre 1890/91 unter den deutschen Bundesstaaten der größte Flächenraum in Baden mit Tabak bepflanzt gewesen. Es waren dies nicht weniger als 7876 Hektar. In Preußen waren 5129 Hektar mit Tabak bebaut. Davon entfallen 2097 auf Brandenburg und 1016 auf Pommern, also mehr als die Hälfte auf diese beiden Provinzen. Auf Preußen folgte Bayern mit 3973, Elsaß-Lothringen mit 1794 und Hessen mit 665 Hektaren. In sämtlichen genannten Staaten, mit Ausnahme von Baden, ist der räumliche Umfang des Tabakbaues seit 1871/72 zurückgegangen; so in Preußen um etwa 800, in Bayern um etwa 750 und in Hessen um etwa 315 Hektare. Den stärksten Rückgang weist aber Elsaß-Lothringen auf: er beläuft sich hier auf 1365 Hektare. Der Grund hiervon wird darin gefunden, daß die französische Monopolverwaltung, welche vornehmlich bedeutende Mengen Roh-tabak aus Elsaß-Lothringen bezog, seit dem Jahre 1884/85 aufgehört hat, Tabak daselbst zu kaufen. Infolge dessen und da in Altdeutschland für die bisher in Elsaß-Lothringen gebauten vorzugsweise schweren Tabake sich keine Verwendung gefunden hat, ist für den dortigen Tabakbau eine Krise eingetreten, deren Ueberwindung erst davon erhofft wird, daß die auf die Verbesserung der Tabakkultur durch veränderte Düngung und Einführung leichter Sorten gerichteten Bestrebungen der Landesverwaltung Erfolge haben. Dieser Minderung der Anbaufläche im Gesamtbetrage von etwa 3200 Hektaren steht eine Zunahme von 773 Hektaren in Baden gegenüber. Insgesamt wurden im Deutschen Reiche im Jahre 1890/91 ungefähr 20 000 Hektare mit Tabak bepflanzt.

Bei der Einfuhr von Waaren nach Großbritannien und den britischen Kolonien kommen noch immer Fälle vor, in denen Sendungen auf Grund der englischen Waarenzeichengesetzgebung mit Beschlagnahme belegt werden, weil dieselben beziehungsweise die darin enthaltenen Waaren den Namen irgend einer englischen Firma tragen. Die Absender versehen sich dann meist darauf zu berufen, daß die Anbringung der betreffenden Bezeichnung ihnen von dem englischen Verkäufer ausdrücklich vorgeschrieben worden sei. Allein dieser Umstand ist in keiner Weise geeignet, die entfallenden Nachtheile auszugleichen. Die englischen Zollbehörden lehnen es regelmäßig, als nach der Merchandise Marks Act unzulässig, ab, auf eine solche Entschuldigung einzugehen und um derselben willen die verhängte Beschlagnahme aufzuheben. Wenn aber der Absender dazu übergehen sollte, von dem Verkäufer mit Rücksicht auf den von ihm ertheilten Auftrag auf gerichtlichem Wege Schadenersatz zu verlangen, so würde ein solcher Versuch, abgesehen von der Kostspieligkeit des englischen Gerichtsverfahrens, in den meisten Fällen schon deshalb nicht zum Ziele führen, weil der englische Verkäufer sich fast immer durch die Angabe dessen kann, daß er bei seiner an sich nicht gesetzwidrigen Bestellung, ebenso wie die Beachtung aller übrigen gesetzlichen Bestimmungen, so auch die durch das englische Waarenzeichengesetz vorgeschriebene Anbringung eines Vermerks über den Ursprung der Waare neben der gewünschten Firmenangabe als selbstverständlich vorausgesetzt habe. Es kann darum, wie die „Neue Reichskorrespondenz“ hervorhebt, nicht dringend genug gerathen werden, bei dem Export nach England oder den englischen Kolonien in allen nur irgendwie zweifelhaften Fällen die Waaren stets mit dem Vermerk: „Made in Germany“ zu versehen.

Deutschland.

* Berlin, 11. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag im Auswärtigen Amte den Vortrag des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall entgegen, konferirte später mit dem Staatsminister v. Goltz und empfing den Oberjägermeister Fürsten von Pleß, der ebenso wie der Kommandeur des Regiments der Gardes du Corps, Oberstleutnant und Flügeladjutant v. Bissing, mit einer Einladung zur Frühstücksstafel beehrt wurde.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat heute die Wahl des Abg. Stöckel (s. Düsseldorf, Zentrum) für gültig erklärt. Ueber die Wahl des Abg. Günther-Naumburg (nationalliberal) wurde die Beschlusfassung noch ausgesetzt, da noch einige kalkulatorische Erhebungen zu machen sind.

Heute begann im preussischen Abgeordnetenhaus die zweite Berathung der Vorlage über die Einkommensteuer. Der Gesetzentwurf ist in der Kommission in der Schlussabstimmung mit 22 gegen 5 Stimmen angenommen worden und wenn auch noch viele Differenzen

für sein Denken und Bilden, das ganz im deutschen Wesen wurzelt, eine über alle Völker verbreitete Theilnahme im feindlichen oder freundlichen Sinne hervorgerufen. Nicht allein dem Gehalt seiner Werke ist dies zu verdanken. Vielmehr werden manche seiner Schöpfungen, und gerade die eigenartigsten, niemals einem unbefangenen Verständnisse bei fremden Völkern begegnen. Rein, seine Weltstellung ward begründet durch die Energie, mit welcher er, von den verächtlichen und doch so viel vermögenden Mächten des Fortschritts sich abwendend, die Fragen über das Rechte und Böse der Kunst, über ihre Stellung im Leben des Volkes, der Völker und der Menschheit endlich einmal wieder für Alle in den Mittelpunkt der Betrachtung rückte und den strengen, alles Gemeine abwehrenden Ernst der Kunst der Menschheit wieder zum Bewußtsein brachte, und zwar auf einem Gebiete, auf dem die wahre, Welt und Menschheit offenbarende und bewingende Kunst kaum ein Anrecht auf Duldung besessen hatte. Das Verhältniß des Drama's zur Geschichte oder zu den aus den Urzeiten der Nation stammenden Sagenstoffen, das Verhältniß der Kunst, die der Welt angehört, zu dem Geiste, der in dem Leben einer bestimmten Nation sich verkörpert, das Wechselverhältniß der Künste untereinander, ihre Vereinigung in der umfassendsten dichteri'schen Form, im Drama, die Beziehung des Wortes zur belebenden Musik — alle diese Fragen und Probleme, wie er sie aufgeworfen, wie er sie vorgelegt, sie sind nicht mehr beiseite zu schieben; sie zu beantworten, sie zu lösen, wird noch manches künftige Geschlecht sich abmühen.

Die geniale Kraft, mit welcher er selbst in seinen Werken diese Probleme künstlerisch bildend zu bewältigen trachtete, war begleitet und gehoben von einer Heldenkühnheit des Willens, die sein ganzes Leben zu einer Verwirklichung des Schiller'schen Urmotives gestaltete: „Der Mensch ist das Wesen, welches will. Der Wille ist der Geschlechtscharakter des Menschen.“ Wohl mag es einst unseren Nachkommen beinahe genug erscheinen: zu derselben Zeit, da die Nation von einer die Thatkraft lähmenden Philosophie heimgeführt ward, zu derselben Zeit, da dennoch

bestehen und es an Versuchen der Abänderung wichtiger Bestimmungen nicht fehlen wird, so besteht doch alle Aussicht, daß eine annehmbare Reform in Bezug auf den wichtigsten Theil des direkten Steuerwesens in Preußen zustande kommt. Das Abgeordnetenhaus stimmte heute den ersten drei Absätzen des § 1 ohne Erörterung zu. Ueber Abs. 4 (Besteuerung von Aktiengesellschaften u. s. w.) entspann sich dagegen eine lange Erörterung, an der auch der Finanzminister Miquel Theil nahm. Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Es schweben schon seit längerer Zeit zwischen den beteiligten Ressorts des Reiches Verhandlungen, welche eine gesetzliche Regelung von Anlagen der elektrischen Betriebe in's Auge fassen. Diese Verhandlungen haben dem Vernehmen nach dahin geführt, daß ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden soll, nach welchem alle Anlagen, die zur Erzeugung und Verwendung der elektrischen Kraft dienen, einheitlich für das ganze Reich zu erlassenden polizeilichen Bestimmungen unterliegen würden. Namentlich soll auch die Frage geregelt werden, inwieweit bereits bestehende elektrische Anlagen auf öffentlichem Grund und Boden gegen Störungen, die durch Neuanlagen zu befürchten sind, geschützt werden können. Die Ausführung von Anschlüssen einzelner Grundstücke an bereits bestehende elektrische Anlagen würde der Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht unterliegen, doch würde derselben rechtzeitige Kenntniß von der Ausführung solcher Anschlüsse zu geben sein. Augenscheinlich dürfte diese Bestimmung auch für die Anbringung von Beleuchtungskörpern an der Außenseite von Gebäuden gelten. (Nach einer Mittheilung von anderer Seite ist der hier als in Vorbereitung befindlich angekündigte Gesetzentwurf dem Bundesrath bereits zugegangen.)

Nach den „Berl. Pol. Nachr.“ dürfte dem preussischen Abgeordnetenhaus binnen kurzem eine Vorlage wegen Erbauung eines Domes in Berlin zugehen.

Der Finanzminister Dr. Miquel empfing der „Nat.-Zeitung“ zufolge heute Vormittag die Interessenten der Mosel-Kanalisation und versicherte denselben, die Regierung wolle den Plan nach Möglichkeit fördern, vorausgesetzt, daß die Interessenten sich angemessen an den finanziellen Lasten beteiligen.

Stuttgart, 11. Febr. Gestern starb hier Generalleutnant a. D. Febr. Rudolf v. Wagner-Frommenhausen, 1867—1870 württembergischer Kriegsminister, nachdem er vor 1866 Militärbevollmächtigter für das 8. Armee-corps beim Bundestag und 1867 Delegirter Württembergs bei der Liquidationskommission in Frankfurt gewesen war. Als Kriegsminister war er Nachfolger Hardeggs und hatte die Aufgabe, das württembergische Militär nach den Erfahrungen des Feldzugs von 1866 zu reformiren. v. Wagner hatte damit keinen leichten Stand, da er eine scharfe politische Opposition gegen sich hatte. Durch das Wehrgesetz von 1868 wurde in Württemberg die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt und die Stellvertretung aufgehoben. Bis zum Frühjahr 1870 war v. Wagner an der Organisationsarbeit, um die württembergischen Truppen für den Ernst eines großen Krieges, den er vorherjah, vorzubereiten. In der großen Masse dachte man aber damals anders; die Volkspartei bearbeitete die öffentliche Meinung für die Abrüstung und es gelang ihr im März 1870, einen Antrag auf Herabsetzung der Präsenz und Minderung des Kriegsbudgets in der Kammer durchzusetzen. v. Wagner nahm darauf seinen Abschied; daß seine Arbeit aber keine verlorene war, hat der Krieg von 1870 und die Leistungen der Württemberger gezeigt. v. Wagner gehörte später auch dem ersten Reichstag nach Errichtung des Reichs als Abgeordneter für Tübingen-Neutlingen-Rottenburg an; dann fing er an fränklisch zu werden und war die letzten 10 Jahre durch ein schweres Rückenmarksleiden an's Bett gefesselt. Er starb 69 Jahre alt.

Auf dem Gebiet des Volksschulwesens ist dieser Tage eine Neuerung amtlich bekannt gegeben worden, welche eine längstsehnte Gleichrichtung für den Schul-

unser Volk unter der Führung mächtiger Menschen in gewaltigen Thaten sich glorreich zusammenfugte, zu derselben Zeit hat ein Künstler in gigantischen Werken dargestellt, was der wolkende Mensch vermag.

Wie Jeder, der zu einer Führerstellung in Kunst und Wissenschaft berufen ist, hat auch Wagner den Kampf des Geistes mit der Materie, der Kunst mit der Wirklichkeit gekämpft. Er hat ihn gekämpft mit Waffen, die er wie sein Siegfried sich selbst geschmiedet.

Nur Solche, die zur Erweiterung der Herrschaft des Geistes beigetragen, nur Solche werden in der Erinnerung der Menschen geehrt und verehrt. Gehört Wagner zu diesen Erlesenen, dann ist auch für ihn der Tag des Todes, der Beginn eines neuen verklärten Daseins.

Wollte ich hier persönlichen Erinnerungen nachgehen, so würde ich der edlen, herzagewinnenden Weise gedenken, mit welcher er mir in den Jahren 1876 und 1877 entgegentrat. Ich würde mir die oft über Mitternacht dauernden Gespräche zurückerufen, in deren Verlauf er kühn, tief, in wechselnden Stimmungen, aber immer eigenartig und aus der Fülle seiner Natur heraus das Größte und Würdigste in Kunst und Leben betrachtete und besprach, bald Bruchstücke seiner Autobiographie mittheilte, bald die Dichtung des „Bartholomäus“ vorlas.

Doch es geziemt sich nicht, hier bei persönlichen Eindrücken zu verweilen. Meine Worte sollten nur ein Fingerzeig sein auf die Gestalt des Künstlers, der nun dem Kampf mit dem Irdischen entrückt ist.

Vor der Majestät des Todes verstummte hier der Ausdruck herkömmlicher Trauer. Nemo te lacrimis decorat — er werde nicht mit Thränen geehrt. Gedenken wir der schauerrollen Todes- und Siegesklänge, die beim Falle Siegfried's die heroische Trauer um den herrlichsten der Helden mächtig hallend ausstößen.

lehrerstand bildet. Gleich wie früher die protestantischen Geistlichen, so waren bis jetzt die Schullehrer beider Konfessionen bis zum 60. Lebensjahre zum jährlich dreimaligen Besuch einer „Konferenz“, desgleichen bis zum 50. Jahre zur Abfassung von zwei Aufsätzen jährlich verpflichtet. Jetzt soll nur noch eine Konferenz jährlich gehalten und nur ein Aufsatz jährlich von den Lehrern unter 40 Jahren gefertigt werden. Dagegen werden für die Lehrer unter 30 Jahren besondere Konferenzen abgehalten, deren Direktor ein Geistlicher oder auch ein Volksschullehrer sein kann. Diese letztere Bestimmung ist von prinzipieller Bedeutung; man hat darin einen ersten Versuch zu erblicken, die Volksschullehrer unter die Aufsicht ihrer eigenen Standesgenossen zu stellen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Febr. Die Beratungen zwischen den deutschen, österreichischen und ungarischen Bevollmächtigten für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages sind heute Nachmittag wieder aufgenommen worden. Der Wiederbeginn dieser Konferenzen fällt mit der Rückkehr des ungarischen Handelsministers v. Baroß aus Wien nach Pest zusammen und dieses Zusammentreffen scheint kein zufälliges zu sein. Wiener Blätter folgern aus der Abreise des Ministers Baroß und der Wiederaufnahme der unterbrochenen gemeinsamen Konferenzen, daß durch den Aufenthalt des ungarischen Handelsministers in Wien eine befriedigende Lösung der Eisenbahntariffrage angebahnt worden sei und daß diese in nächster Zeit auf die Tagesordnung der österreichisch-deutschen Verhandlungen gelangen werden. Am bestimmtesten spricht sich hierüber die „Neue Freie Presse“ aus. Nach der „Neuen Fr. Presse“ führten die Verhandlungen mit dem Minister Baroß zu einer vollständigen Einigung bezüglich der Frachttarife. Die österreichische und ungarische Regierung tauschten gegenseitig Erklärungen aus, in denen sie sich vollständige Reciprocität bezüglich der Frachttarife derart zusicherten, daß jede Begünstigung, welche den heimischen Produkten in Frachttarife gewährt wird, auch den österreichischen resp. ungarischen Produkten eingeräumt werden muß, so daß eine einseitige Tarifpolitik ausgeschlossen ist. Die Beurlaubung zu den Verhandlungen bildete, wie die „N. Fr. Pr.“ versichert, die Erklärung der österreichischen Regierung, daß sie in die Fortsetzung der Verhandlungen über die wichtigsten Positionen des deutschen Zollvertrages, insbesondere über die Zölle für Eisen und Wehl nicht eingehen könne, bevor nicht zwischen Oesterreich und Ungarn eine Verständigung über die Frachttarife erfolgt sei. Deshalb kam Herr v. Baroß nach Wien.

Belgien.

Brüssel, 11. Febr. Die jüngst einberufenen beiden Klassen der Miliztruppen, welche in Brüssel garnisonirten, wurden heute, zunächst für einen Monat, in die Heimwehrklassen. (Das Dekret zur Entlassung der Miliztruppen war schon vor den tumultuari'schen Auftritten der Miliztruppen vom Kriegsminister unterzeichnet worden; seine Durchführung wurde dann infolge dieser Antritte hinausgeschoben.)

Großbritannien.

London, 11. Febr. Das Unterhaus nahm mit 202 gegen 155 Stimmen die Bill an, durch welche die Ehe eines Wittwers mit der Schwester der verstorbenen Frau als gesetzlich zulässig erklärt wird. Bis jetzt ist diese Reform stets an dem Widerspruch in dem Verhalte der beiden Parlements-kammern gescheitert. Es bleibt abzuwarten, ob das Oberhaus diesmal dem Antrage mehr entgegenkommen als in früheren Jahren zeigt.

Rußland.

St. Petersburg, 11. Febr. Das lange erörterte große Projekt einer sibirischen Eisenbahn geht nun seiner Verwirklichung entgegen. Der russische „Petersb. Z.“ zufolge ist es jetzt entschieden, daß der Bau der sibirischen Bahn im Frühling beginnen soll. Zunächst werden gleichzeitig die Strecken Wladimiroff-Gabarowka und Tomsk-Irkutsk gebaut und dann Gabarowka und Irkutsk mit einander verbunden. Bis dahin soll auch der Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes von Slatoust bis Tscheljabinsk, woran schon jetzt gearbeitet wird, fertiggestellt sein. Dann wird die Strecke Tscheljabinsk-Tomsk hergestellt. Die sibirische Bahn soll im Jahre 1894 ganz fertig sein. Die Kosten werden auf 75 Millionen Rubel geschätzt. Im Vergleich zu der außerordentlich großen wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der Eisenbahn würde dieser Kostenbetrag nicht sehr hoch erscheinen.

Zeitungskammern.

Die Nachricht, daß in nicht allzu langer Zeit der Reichstagsbauhof aufgebraucht sein wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse des festen und baaren Reichsfinanzvermögens. Hierüber schreibt man den „Hamb. Nachr.“: „Bekanntlich wurden aus der französischen Kriegskostenentwässerung verschiedene Fonds gegründet, welche gemeinnützigen Zwecken dienen sollten. Es wurden 120 Millionen als Kriegsfond festgelegt, um für Mobilisationszwecke baares Geld zur Verfügung zu haben, und mit 561 Millionen wurde der Reichsinvalidenfond gegründet, um die auf Grund des Militärpensionsgesetzes vom Jahre 1871 zu leistenden Ausgaben sicher zu stellen. Auch die später bewilligten Pensionserhöhungen werden aus diesem Fonds bestritten. Sodann wurden 3 Baufonds gebildet, um notwendige und nützliche Bauten herzustellen. Es waren dies der Festungsbaufonds, der Reichstagsgebäudefonds und der Eisenbahnbaufonds. Sehen wir von Kapitalien ab, welche in den gewerbmäßigen Reichsbetrieben stecken, so setzt sich aus den genannten Fonds das ganze Finanzvermögen des jungen Reichs zusammen. Wenn man damit die großen Vermögen, welche die Einzelstaaten, beispielsweise Preußen, in seinen Domänen und Forsten besitzen, vergleicht, so wird man finden, daß das Reichsfinanzvermögen nicht gerade stattlich genannt werden kann. Das baare Reichsfinanzvermögen ist überdies, abgesehen von dem Reichskriegs-

schag, der für den Fall einer nicht vorherzusehenden Mobil-
machung zusammengelegt ist, dazu bestimmt, in absehbarer Zeit
aufgebraucht zu werden. So wird der Reichsinvalidenfonds mit
dem Tage des Aufhörens der Verpflichtungen des Reichs aus
den Militärpensionsgesetzen selbst dann aufzuheben werden, wenn
in ihm noch ein Bestand vorhanden sein sollte. Dasselbe ist mit
den 3 Baufonds der Fall. Von diesen letzteren ist sogar der
Eisenbahnfonds schon vor Jahren gänzlich verausgabt. Nun
hört man, daß der Reichsbaufonds noch eher aufgebraucht
sein wird, als das Werk, zu dessen Vollführung er bestimmt
war, vollendet sein wird. Der Festungsbaufonds weist nur noch
einen winzigen Bestand auf. Nach dem letzten vorliegenden
Bericht der Reichsbaukommission betrug derselbe etwa 2 1/2
Millionen. Die Reichsbaufonds werden demnach binnen kurzem
sämtlich verausgabt sein und von dem baaren Reichsfinanzver-
mögen bleiben nur noch der Reichsriegelschatz und der Reichs-
invalidenfonds übrig.

In der vorletzten Nummer d. Bl. gaben wir die bezeichnendsten
Sätze aus einer Auseinandersetzung zwischen der „Nordd.
Allgem. Ztg.“ mit der Münchener „Allgem. Ztg.“ über
Deutschlands auswärtige Politik wieder. Der Angriff der
„Nordd. Allg. Ztg.“ richtete sich gegen folgenden Satz des Mün-
chener Blattes: „Sodann — und hier berühren wir den Kardinal-
punkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns
höfentlich zu Russland nicht immer in Stadium der aufgezogenen
Brüden befinden, sondern höfentlich allmählig jene eigentliche
Basis unserer Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen
und freundschaftlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und
Russland besteht.“ Hierin hatte die „Nordd. Allg. Ztg.“ die gegen die derzeitige auswärtige Politik Deutschlands
gerichtete Beschuldigung erklart, daß sie die wesentliche
Basis der Friedenspolitik Deutschlands, nämlich das freundschaftliche
und freundschaftliche Einvernehmen mit Russland, preisgegeben.
Es wurde dies als eine willkürliche Erfindung zum Zwecke der
Diskreditierung der auswärtigen Politik Deutschlands bezeichnet.
Die Münchener „Allg. Ztg.“ behauptete nun, daß das Berliner
Blatt unvollständig zitiert und ihr Ansichten unterschoben habe,
die sie nicht zum Ausdruck bringen wollte. Darauf antwortet wiederum die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Wir
erkennen selbstverständlich an, daß die Münchener „Allg. Ztg.“ die
berufene Auslegerin ihrer eigenen Worte ist; wenn das Blatt
also versichert, daß der Schwerpunkt seiner Auslassung in einer
bezüglichen des parlamentarischen Treibens ausgesprochenen Hoffnung
liegt und keinerlei Tadel gegen die derzeitige auswärtige Politik
ausgesprochen wird, so nehmen wir gern davon Akt, freilich nicht
ohne den bescheidenen Wunsch, daß die Münchener „Allg. Ztg.“
sich künftig etwas klarer ausdrücken möge. Wenn nämlich in
dem fraglichen Artikel von „einem Kardinalpunkt unserer
gesamten auswärtigen Politik“ gesprochen und daran die Hoffnung
geküpft wird, daß wir allmählig jene eigentliche Basis unserer
Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen und
freundschaftlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und
Russland besteht, so muß doch nach Ansicht des Artikelforschreibers
unserer ausländische Politik jene „eigentliche Basis“ früher einmal
innegehabt und zu irgend einer Zeit wieder verloren haben.
Darin liegt ein Vorwurf gegen unsere auswärtige Politik, der
durch den folgenden Satz über den Faschismus in keiner Weise
beseitigt wird; allerdings trafe der Vorwurf nicht die derzei-
tige auswärtige Politik, denn die Münchener „Allg. Ztg.“ ver-
wahrt sich nunmehr ausdrücklich gegen die ihr zugeschriebene Be-
hauptung, daß „seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine
wesentliche Veränderung in dem Verhältnisse von Deutschland
und Russland eingetreten sei“. Wir halten uns aber für ver-
pflichtet, auch die deutsche auswärtige Politik vor dem Rücktritt
des Fürsten Bismarck gegen jenen Vorwurf in Schutz zu nehmen,
und zwar umso mehr, weil die thatsächliche Voraussetzung des
Münchener Blattes, daß zur Zeit ein freundschaftliches und
freundschaftliches Einvernehmen zwischen Deutschland und
Russland nicht bestehe, eine völlig irrthümliche ist, und
damit alle Schlussfolgerungen, welche daran geknüpft werden, zu-
sammenfallen.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 12. Februar.

Den 10. Vormittag gegen 10 Uhr traf Ihre Majestät die Königin von Sachsen auf der Reise nach Baden-Baden hier ein und wurde von Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin am Hauptbahnhof begrüßt. Nach kurzem Aufenthalt setzte die Königin die Reise nach Baden-Baden fort, woselbst Allerhöchstdieselbe etwa 14 Tage bei Ihrer königlichen Hoheit der Fürstin von Hohenzollern zu verweilen gedenkt. Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm Vormittags einen längeren Vortrag des Finanzministers Dr. Ellstätter entgegen. Nachmittags bis Abends hörte Höchstdieselbe die Vorträge des Majors Freiherrn von Lüdinghausen genannt Wolff und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zu Leiningen trifft heute Abend 8 1/2 Uhr hier ein und bezieht Höchstdieselbe ihre Wohnung im Großherzoglichen Schlosse im westlichen Flügel zu ebener Erde.

* Wegen starken Frostes ist der Gesamtschiffsverkehr mit Bregenz neuerdings eingestellt worden. Die übrigen Bodenseeschiffe sind noch frei.

* Herr Oberbürgermeister Lauter feierte, wie wir der „Bad. Vöstg.“ entnehmen, gestern seinen 70. Geburts-
tag. Das Blatt schreibt darüber: „Unser um das Wohl der Stadt so hochverdienter Herr Oberbürgermeister Lauter vollendet sein 70. Lebensjahr. Die zahlreichen Freunde und Verehrer benutzten diesen Anlaß, dem verehrten Jubilar von neuem ihre Hochachtung und Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen. Das hiesige Leibregiment ertheilte durch die Regimentskavalle dem Jubilar schon früh Morgens ein Begrüßungshändchen darbringen. Eine Abordnung des Stadtraths, bestehend aus den beiden Bürgermeistern und den vier dienstältesten Stadträthen, sowie die Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten brachten dem Herrn Oberbürgermeister im Laufe des Vormittags ihre Glückwünsche dar und überreichten ein Album mit den Photographien der Mitglieder des Stadtraths und des Stadtverordnetenvorstandes. Auch die Beamten der Stadtverwaltung ließen es sich nicht nehmen, ihrem verehrten Oberhaupt ihre Glückwünsche auszusprechen, unter Ueberreichung einer von Herrn Valer Bürger künstlerisch ausgeführten, in prachtvollem Rahmen befindlichen Adresse. Auch von verschiedenen anderen Seiten

wurden dem Herrn Oberbürgermeister die herzlichsten Glück- und Segenswünsche ausgesprochen; wir schließen uns denselben gerne an in der Hoffnung, daß Herr Oberbürgermeister Lauter, der jüngst von einem kleinen Influenzaanfall glücklich wieder genesen ist, sich noch viele Jahre einer andauernden Gesundheit und Lebensfreude erfreuen möge.“

* (Matttäus-Passion.) Das Konzertkomitee des Großh. Hoftheaterpensionsfonds erläßt eine Bekanntmachung, nach welcher die Absicht besteht, am Charfreitag die Bach'sche Matttäus-Passion im großen Festhallsaal zur Aufführung zu bringen. An diese Bekanntmachung wird die Aufforderung geknüpft, daß sich Damen und Herren, welche im Chor mitwirken wollen, melden möchten. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß dieser Aufforderung zahlreich entsprochen werden wird.

* (Alarmirung.) Heute früh 8 Uhr wurde das hiesige Leibregiment alarmirt. Voten gingen sofort nach allen Richtungen in der Stadt ab, um außerhalb der Kasernen weilende Offiziere und Mannschaften herbeizurufen, und bereits wenige Minuten vor 9 Uhr, also nach noch nicht 1/2 Stunden stand das ganze Regiment in feldmarschmäßiger Ausrüstung zum Ab-
rücken bereit.

□ Mannheim, 11. Febr. (Fasching.) Auch in unserer Stadt wurde der Faschingsdienstag in echt farnebalistischer Weise begangen, wenn auch von den Karnevalszielen, welche in Köln und Mainz an der Tagesordnung sind, bei uns längst nichts mehr zu bemerken ist. Wie am vergangenen Sonntag, so herrschte auch gestern, Dienstag, in den Nachmittagsstunden in den Straßen der Stadt ein bunt bewegtes Treiben. Zahllose Masken trieben sich in denselben herum. Namentlich in den Plätzen und der Breiten Straße mochte eine nach Tausenden zählende Menge. Gestern, Dienstag, zogen auch verschiedene Maskenaufzüge durch die Stadt, welche mehrere lokale Ereignisse glorifizirten. Am Abend fand in den vereinigten Sälen des Saalbauers ein Maskenball statt, welcher den althergebrachten alljährlich im Hoftheatersaale stattfindenden großen Maskenball ersetzte. Für die drei schönsten Masken waren Preise ausgesetzt.

* Pforzheim, 11. Febr. (Fasching. — Aufführungen. — Vortrag. — Städtisches.) Die Faschingsveranstaltungen fanden hier in den zahlreichen Gesellschaften und Vereinen durch Maskenbälle und närrische Darstellungen aller Art Ausdruck. Auch unser „Saisontheater“ trat unter der Direktion des Herrn Kersebaum seinen Theil zur Erheiterung bei. Bemerkenswert mag sein, daß auch in vielen Landgemeinden des Bezirks, wo Gesangs- und andere gesellige Vereine bestehen, Faschingsveranstaltungen und Aufführungen stattfanden. — Am Dienstag brachte der „Musikverein“ im Musiksaal nach einem vorausgegangenen „Marsch für Orchester“ von Herrn Musikdirektor Th. Mohr das Viederspiel „Singvögeln“ von Jakobsohn, Musik von Th. Hauptner, und die komische Operette „Das Pensionat“ von Franz v. Suppe zur wohlgeleiteten Aufführung. Beide Aufführungen fanden von Seiten des sehr zahlreichen Auditoriums volle Anerkennung. — Im „Literarischen Verein“ hielt letzte Woche Herr Dr. Ehrismann von hier einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Trifan und Holbe“ von Gottfried von Straßburg. Gottfried hat sein Gedicht nach einem französischen Epos des Thomas von Brittanien frei und in einer Weise bearbeitet, daß sein Werk das französische weit überragt. — Das Reinertänzen des hiesigen Gaswerks betrug im letzten Jahr 260 000 M., wovon 140 000 M. in die Stadtkasse fließen. Der Stadtrat hat nun beschloffen, in der Bürgerauschussung die Zuweisung von 30 000 M. für den Bau eines neuen Theaters zu beantragen.

Verschiedenes.

* Berlin, 11. Febr. (Die Koch'sche Lymphe) hat jetzt einen offiziellen Namen erhalten. Die von Dr. Ribbert verfertigten Kollatäfen, welche die Originallymphe enthalten, tragen nämlich alle seit kurzem die Inschrift: „Tuberkulin“.

W. Posen, 11. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Die hiesigen Stadtverordneten wählten den Stadtrat Wittig (Danzig) zum ersten Bürgermeister mit 22 von 36 Stimmen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 12. Febr. In der Reichstagsitzung vom 9. ds. Mts. hatte Bebel dem Abgeordneten Mehnert gegenüber erklärt, im Jahre 1867 sei der Vater des jetzigen Abgeordneten Frhrn. v. Friesen zu ihm in seine

Werkstatt gekommen, um ihn zu seiner Parlamentsrede gegen den norddeutschen Bund zu beglückwünschen. Heute verlas nun vor dem Eintritt in die Tagesordnung Mehnert ein Schreiben des Abgeordneten Frhrn. v. Friesen, in welchem dieser bestreitet, daß sein Vater Herr Bebel seine Zustimmung zu dessen Rede gegen den norddeutschen Bund ausgesprochen habe. Frhr. v. Friesen bemerkt in seinem Brief, sein Vater habe Bebel persönlich gar nicht gekannt. Bebel hält diesem Briefe gegenüber seine Behauptung aufrecht und beruft sich auf das Zeugniß des Rechtsanwalts Otto Freitag in Leipzig.

Das Haus trat sodann in die zweite Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung ein. Nachdem § 105 (Festsetzung der Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern ohne Erörterung angenommen worden war, beantragte zu § 105a. Abg. Derterer, daß nur solche Arbeiten Sonntags zulässig sein sollen, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs keinen Aufschub gestatten (anstatt Arbeiten, welche nach den Bestimmungen des Gesetzes Sonntags zulässig sind). Nach einer längeren Debatte, in welcher Bebel für den Antrag, Stumm, Krause, Hartmann, Boetticher und Guttschick, sowie der Minister Frhr. v. Berlepsch gegen den Antrag sprachen, wurde der letztere gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Madrid, 12. Febr. Gestern fand ein Bankett der hiesigen Republikaner zu Ehren Salmerons statt (als Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Barcelona, wo der konservative Kandidat Ruiz als Abgeordneter proklamirt worden ist, während die Republikaner behaupten, Salmeron habe die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten). Salmeron hielt eine Ansprache, in welcher er sich zu Gunsten einer gemäßigten Republik aussprach; die Republik werde jedoch nicht durch die Revolution, sondern auf dem Wege friedlicher Entwicklung, durch das allgemeine Stimmrecht herbeigeführt werden. (Bei der erstmaligen Anwendung des allgemeinen Stimmrechts, am 1. Februar, haben die Republikaner indessen keine Erfolge erzielt, die sie zu dieser Erwartung berechtigten.) Auch in den Provinzen fanden mehrere republikanische Banketts statt. Die Ruhe ist dabei nirgends gestört worden.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 13. Febr. 23. Ab. Vorh. Zum ersten Male wiederholt: „Das verlorene Paradies“, Schauspiel in 2 Akten von Ludw. Fulda. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 6. Febr. Luise, B. Oskar Jäger, Rutscher. — 8. Febr. Dina Karolina Emma, B. Karl Stelrecht, Wirth. — Franz Josef, B. Stefan Kombar, Schneidermeister. — 9. Febr. Karl Wilhelm, B. Karl Reinhardt, Bäckermeister. — 11. Febr. Karl, B. Friedrich Treiber, Kupfermeister.
Todesfälle. 11. Febr. Dr. Eduard Molitor von Freiburg, prakt. Arzt hier, mit Sose Holz von hier. — Martin Stork von Bächenau, Kaufmann hier, mit Anna Erdel von Bächenau. — Karl Lang von hier, Assistent in Vörsach, mit Katharina Bartart von Bermanen.
Todesfälle. 11. Febr. Wilhelm, 1 J., B. Schwester Schneider, Portier. — Johann Trenkle, ledig, Sekretär a. D., 64 J. — Wino, 7 M., B. Friedrich Bonnet, Fabrikarbeiter. — Emma, 9 M., B. Karl Pfeiffer, Bäckermeister.

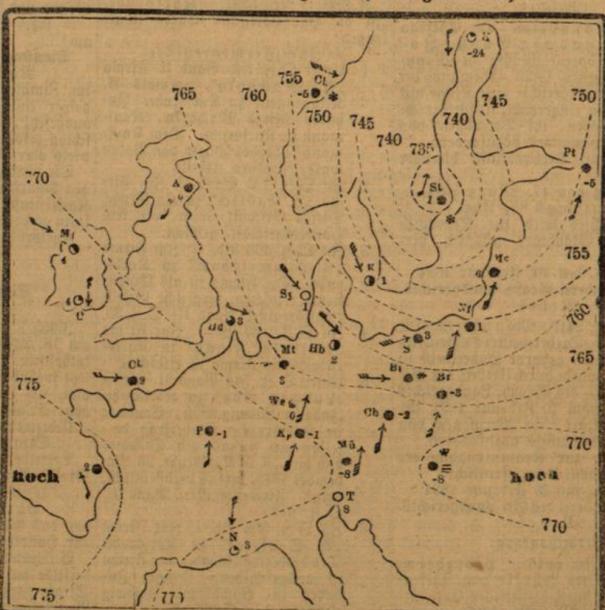
Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Relat.	Wind.	Himmel.
11 Nachts 9 U.	761.0	-2.0	3.1	80	SB
11. Morgs. 7 U.	759.8	-0.8	3.5	81	SB
12 Morgs. 2 U. 1)	758.9	+0.2	4.1	89	SB

Wasserstand des Rheins. Magan, 12. Febr., Morgs., 2 61 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 12. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Während sich die gestern erwähnte Depression entfernt hat, ist heute Morgen eine neue sehr tiefe, von Westen kommend, bei Stockholm erschienen. Auf ihrer Südseite wehen bis weit in den Kontinent hinein nördliche Winde aus Südwest bis West, welche Nachlassen des Frostes, in Norddeutschland sogar Thauwetter gebracht haben; überall ist Erhebung eingetreten und vielfach fällt Schnee. Weitere Zunahme der Temperatur ist nicht wahrscheinlich.

Karlsruher telegraphische Kursberichte.

vom 12. Februar 1891.

Staatspapiere.	Deutsche Bank	159.40
4% Deutsche Reichs- anleihe	Dresdener Bank	156.—
4% Preuss. Konv.	Bahntaktien.	108.80
4% Baden in fl.	Schw. Nordostb.	135.30
4% in W.	Lombarden	116 3/4
Deferr. Goldrente	Galizier	188 1/2
Silber.	Elbthal	201 1/2
4% Ungar. Goldr.	Hess. Ludwigsb.	115.90
1880r. Ruffen	Gotthard	159.40
II. Orientanleihe	Wesfel und Sorten.	
Italiener convt.	Wesfel a. Amstb.	169.57
Ägypter	London	20.35
Spanier	Paris	80.67
Holl.-Türken	Wien	177.90
5% Serben	Napoleonsdor	16.15
Banken.	Privatdiskonto	2 7/8
Kreditaktien	Bad. Industefabrik	85.30
Diskonto-Kom- mandit	Nachbörse.	
Basler Bankver.	Kreditaktien	273 1/8
Darmstädter Bank	Staatsbahn	217 1/8
Handelsgefsch.	Lombarden	116 3/8
	Tendenz: still.	
Berlin.	Wien.	
Def. Kreditakt.	Kreditaktien	307.60
Staatsbahn	Marknoten	56.10
Lombarden	Ungarn	104.75
Post-Kommand.	Tendenz: still.	
Marienburg	Paris.	
Dortmunder	3% Rent.	95.70
Carthütte	Spanier	—
	Türken	20.80
	Ottomane	619.60
	Tendenz: —	

Deutsche Militärdienst-Versicherungs-Anstalt

in Hannover. Nur Knaben unter 12 Jahren finden Aufnahme. Versicherung in den ersten Lebensjahren am vorteilhaftesten. Von 1878 bis Ende 1890 wurden versichert 169 000 Knaben mit 190 000 000 Mk. Eine so große Beteiligung hat nie ein deutsches Versicherungs-Institut gefunden. Prospekte u. verdenden kostenfrei die Direction und die Vertreter.

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei
Karlsruhe

Karl-Friedrich-Strasse 14. ☎ Telephon-Anschluss Nr. 154.

Zu Hochzeiten und Familienfesten

Einladungskarten, Menüs, Casellieder, Lieber-Umschläge, Hochzeits-Kladderadatsche, Tanzkarten in anerkannt eleganter Ausführung und zu mäßigen Preisen.

Entwürfe auf gef. Verlangen gerne zu Diensten.
Zusendung nach auswärts postfrei.



Hôtel Victoria, Karlsruhe.
bringt seine Räumlichkeiten für Hochzeiten, Dinners, Soupers etc. in empfehlende Erinnerung. — Bei guter Bedienung mässige Preise.
D. JENE, Besitzer.

Bitte

3.977. Ein junger, braver, verheirateter Mann (gewesener Militär) der Gemeinde Dietlingen, der in Folge eines Unfalls seine linke Hand verloren hat und deshalb unfähig geworden ist, seinem seitherigen Beruf als Goldarbeiter in Pforzheim nachzukommen, der aber bei seiner dürftigen Lage auf Arbeit zur Versorgung seiner Familie durchaus angewiesen ist, wenn er nicht der Gemeinde zur Last fallen will, sucht geeignete Beschäftigung etwa als Bureau-diener, Ausläufer, Portier in einem besseren Hause etc. Derselbe ist nämlich trotz der abgenommenen linken Hand, an deren Stelle eine künstliche angefügt ist, fähig, allerlei Geschäfte zu verrichten. Vielleicht finden sich unter den Lesern dieses Blattes edle Menschenfreunde, die dem Unglücklichen geeignete Beschäftigung geben oder ihm auf andere Weise unter die Arme greifen können.

Nähere Auskunft ertheilt Pfarrer Keutwein in Dietlingen b. Pforzheim.

Monter-Ordestrion
1150 cm breit, 500 cm hoch, nach neuem, verbesserten System, gebaut für den Jockey-Club New-York, ist zu sehen und zu hören bis den 20. ds. M. bei den Fabrikanten
Jahof & Wudie,
Böhrenbach, Schwarzwald.

Bürgerliche Rechtspflege.
Öffentliche Zustellung.

3.948.2. Nr. 6103. Heidelberg. Rechtsanwalt Adolf Jutt zu Karlsruhe klagt gegen die led. Margaretha Heide zu Heidelberg, icht an unbekanntem Orten abwesend, aus Auftragsvertrag vom Jahr 1890, nämlich Vertretung der Schuldnerin vor Groß. Obergerichtsgericht in ihrer Rechtsache gegen Expedient V. Fritz dahier, mit dem Antrag auf Zurückzahlung der Beflagten zur Zahlung von 26 M. 85 Pf. nebst 5% Zins vom Klagestellungstage an sowie vorläufige Vollstreckbarkeit des ergebenden Urtheils und ladet die Beflagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Groß. Amtsgericht zu Heidelberg auf:
Dienstag den 24. März 1891,
Vormittags 9 Uhr,
Zimmer Nr. 2.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Heidelberg, den 7. Februar 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.
Kautzsch.

3.979. Civ. Nr. 4624. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhfabrikanten Karl Sohn in Karlsruhe ist zur Prüfung

3.984. Nr. 5647. Pforzheim. Landwirt Karl Friedrich Augenstein von Pforzheim wurde durch diesseitiges Erkenntnis vom 3. d. Mts., Nr. 4928, wegen Verschwendung verurtheilt. Pforzheim, den 8. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.975. Nr. 1814. Mosbach. Die Ehefrau des Bierbrauers Georg Bender, Elisabetha, geborene Jung von hier, wurde durch Gerichtsbeschluss vom 24. v. M., Nr. 13581, wegen Geisteskrankheit verurtheilt und deren Ehemann, Georg Bender, unterm Deutigen als Verwalter derselben bestellt. Mosbach, den 7. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.970. Nr. 1751. Baden. Die Witwe des Zimmermanns Friedrich Noier, Juliana, geborene Merklin in Richtenbach, hat um Einsetzung in die Gemähr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht. Etwaige Einwendungen sind binnen drei Wochen hier einzubringen. Baden, den 11. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.909.3. Nr. 1966. Billingen. Die Witwe des Salinenwirths Adolf Heinemann von Dürheim, Karolina, geb. Mohler, hat um Einweisung in Besitz und Gemähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Derselbe Gesuch wird stattgegeben, wenn nicht binnen einem Monat Einsprache erhoben wird. Billingen, den 5. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.971.1. Nr. 1952. Müllheim. Die Ehefrau des am 21. Oktober 1869 verstorbenen Johann Jakob Groß von Luggen, Anna Maria, geb. Schneiderin, hat nachträglich um Einweisung in den Besitz und die Gemähr des Nachlasses ihres Ehemannes nachgesucht. Die Einweisung wird erfolgen, falls nicht binnen drei Wochen Meldungen näher Berechtigter hier einlaufen. Müllheim, den 6. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.973. B. h. l. Maria Anna Fritz, geboren 25. März 1855, von Böhlerthal, zur Zeit an unbekanntem Orten abwesend, ist zur Erbfolge ihrer halbbrüderlichen Schwester, Rosine Braun, ledig von Böhlerthal, gestorben daselbst am 15. November 1890, gesetzlich berechtigt.

Dieses wird hiemit aufgefodert, binnen sechs Wochen an den unterzeichneten Notar zum Zweck des Bezugs bei der Verlassenschaftsverhandlung Nachricht von sich gelangen zu lassen.
Bühl, den 10. Februar 1891.
Groß. Notar
Deybach.

3.974. Mannheim. Die Ehefrau des Härmers Ludwig Groß, Johanna, geborene Mägig in Mannheim, hat gegen ihren Ehemann bei diesseitigem Landgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern. Termin zur Verhandlung hierüber ist auf:
Dienstag den 17. März 1891,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
bestimmt. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht.
Mannheim, den 10. Februar 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.
Nebel.

3.969. Nr. 2419. Mannheim. Die Ehefrau des Drehermeisters Heinrich Neuert, Elise, geborene Habermehl in Mannheim, wurde durch Urtheil der Civilkammer III des Groß. Landgerichts Mannheim vom 3. Februar 1891 für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht.
Mannheim, den 3. Februar 1891.
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.
Nebel.

3.983. Nr. 5646. Pforzheim. Der Ritter Otto Birkle von Tiefenbromm wurde durch diesseitiges Erkenntnis vom 3. d. M., Nr. 4205, wegen Gemüthschwäche verurtheilt. Pforzheim, den 8. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.

3.981.1. bert Bring in Karlsruhe wurde Procura erteilt.

11. Zum Gesellschaftsregister:
1. Unter D. 3. 35 Band III. Firma „A. Himmelsbach“ zu Karlsruhe. Die Gesellschafter sind Anton Himmelsbach, Fabrikant in Karlsruhe, und Otto Defart, Kaufmann in Karlsruhe. Jeder der Gesellschafter ist berechtigt, die Firma allein zu vertreten. Ehevertrag des Gesellschafters Anton Himmelsbach mit Rosa Kammerer von Freiburg, d. d. Oberwies, 21. April 1876, nach welchem die Gütergemeinschaft auf den Einwohn von je 100 Mark beschränkt ist. Ehevertrag des Gesellschafters Otto Defart mit Marie Dietrich von Waldshut, d. d. Waldshut, 13. August 1879, nach welcher Ehegatte von seinem Vermögen die Summe von zehntausend Mark von der Gütergemeinschaft ausschließt und dieselben verlegenhaft. Alles übrige gegenwärtige und zukünftige, bewegliche und unbewegliche Vermögen beider Ehegatten fällt mit den darauf lastenden Schulden in die Gütergemeinschaft.

2. Zu D. 3. 8 Band III. Zur Firma Holzger & Weber, Holz- und Baumaterialienhandlung zu Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.

3. Zu D. 3. 162 Band II. Zur Firma „St. Thomann & Sohn“ zu Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.

Karlsruhe, den 6. Februar 1891. Groß. bad. Amtsgericht.
E. Müller.

3.968. Karlsruhe. Zwangsversteigerung. Steigerungs Ankündigung. Infolge richterlicher Verfügung wird das dem Maurermeister A. Fr. Wölffinger Geleuten dahier eigenthümlich zugehörige, in der Friedenstraße dahier unter Nr. 24, einer, neben Fuhrmann Alois Mauderer, anderl, neben Rentner Ludwig Barning gelegene vierstöckige Wohnhaus mit Luer- und Seitengebäuden sammt aller liegenden sächlichen Zugehör einschließlich des Grund und Bodens 66,000 Mk. am
Dienstag dem 3. März 1891,
Nachmittags 3 Uhr,
im Zimmer Nr. 34 des Rathhauses dahier einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der eingelegte Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird. Die näheren Versteigerungsbedingungen können in meinem Amtszimmer — Kaiserstraße Nr. 193 dahier — eingesehen werden.
Karlsruhe, den 8. Februar 1891.
Groß. Notar
D. t.

3.955.2. Nr. 738. Bühl. Der am 18. April 1860 zu Bühl geborene katholische Gärtner Pius Lang, zuletzt wohnhaft in Bühl, wird beschuldigt, als Landwehrmann 1. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 5. Mai 1891, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht Bühl zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Rastatt ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.
Bühl, den 4. Februar 1891.
Boos,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.905.2. Nr. 1229. Ettenheim. Der am 3. Juli 1863 zu Rust geborene und zuletzt dort wohnhafte, katholische Küfer Wendelin Pfeiffer wird beschuldigt, als beurtheilter Erlagerechtführer ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Ziff. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf
Donnerstag, 2 April 1891,
Vormittags 9 Uhr,
vor das Gr. Schöffengericht zu Ettenheim (Rathhaus) zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Landwehrbezirkskommando zu Offenbürg ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.
Ettenheim, 5. Februar 1891.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bühner.

Diensterledigung.
3.985. Die Gerichtsvollzieherstelle beim Amtsgericht Eppingen ist zu besetzen. Bewerbungen von Gerichtsvollziehern sind binnen 8 Tagen durch Vermittelung des vorgelegten Amtsgerichts bei dem Justizministerium einzureichen.

Ein Bauführer
wird von der unterzeichneten Stelle für den Amtsgerichtsneubau in Heberlingen zum sofortigen Eintritt gesucht. Derselbe wird auf die Dauer von 2 Jahren beschäftigt werden können. Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche mit Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche alsbald anher einzuliefern.
3.982.1.
Konstanz, den 11. Februar 1891.
Groß. Bezirksbauinspektion.

Religionschulstelle.
3.976. Die mit einem festen Gehalt von Mk. 700 und einem Gesamtentlohn von Mk. 1200 verbundene Religionslehrer-, Vorleser- u. Schächterstelle in Müllheim ist auf 1. Mai d. J. zu besetzen. Bewerbungen sind innerhalb 4 Wochen bei uns einzureichen.
Mosbach, den 11. Februar 1891.
Die Bezirks-Synagoge.
Dr. Löwenthein.

3.987. Nr. 45. Pforzheim. Befamtmachung. Das Lagerbuch der Gemaltung Steinegg ist aufgestellt und wird mit höherer Ermächtigung gemäß Artikel 12 der Allerhöchstenkaiserlichen Verordnung vom 11. September 1883 von Mittwoch den 18. Februar auf die Dauer von 4 Wochen zu Jedermanns Einsicht in dem dortigen Rathhause aufgelegt. Etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Liegenheiten und ihrer Rechtsbeschaffenheit sind innerhalb der angegebenen Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen.
Pforzheim, den 12. Februar 1891.
Der Bezirksgeometer: Einwald.

Muz- und Brennholz-Versteigerung.
3.964.1. Die Groß. Bezirksforstrei Karlsruhe verleiht bei ungenügender Borgfrist oder Rabatbewilligung bei Baarzahlung im Domänenwald Rattenwörth, Schlag 10: 32 Stämme Eichen 1. bis 4. Klasse, 50 Stämme Eichen 2. bis 4. Klasse, 11 St. Nüßler (Nüßler) 1. u. 2. Kl., 3 St. Hainbuchen u. 9 St. Silberdappeln; 4 Ster Eichen-Nüßler, 78 St. Hain-Nüßler, 442 Ster Harze und 200 Ster weiche Prügel, 99 Ster gemischtes Stodholz, 10500 gemischte und 1600 Dornweiden.
Im Domänenwald Rappentwörth Schlag 1 u. 2: 41 Schwarzdappeln u. Rothweidenstämme, 719 Ster weiche Prügel und 11700 gemischte Weiden.
Sämmtliches Stammholz kommt am Samstag den 21. ds. Mts. und das der Weiden am Dienstag den 24. Februar zur Versteigerung.
Die Veranmeldung ist jeweils im Rattenwörthschlag um 9 Uhr, wo sodann die Versteigerung jedesmal am gleichen Platze vorgenommen werden. Die Domänenwaldhüter Fütterer in Forchheim und Kästner in Dorplanden zeigen das Holz vorher vor. Ersterer fertigt „Auslaß“.

3.940.2. J. Nr. 473. Straßburg. Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Verdingung der Banarbeiten zur Herstellung der 9 Kilometer langen Bahnstrecke von Walbrunn nach Wörth in einem Loos am Mittwoch den 25. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr, im bautechnischen Bureau der Reichseisenbahnen zu Straßburg, Verwaltungsgesäude. Termin für Fertigstellung der Arbeiten: 15. September 1891. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Die Zeichnungen, Bedingungen und Berechnungen können im bautechnischen Bureau eingesehen, auch — mit Ausnahme der Zeichnungen — gegen Erstattung der Draffkosten dahez bezogen werden.
Straßburg, den 5. Februar 1891.
Bautechnisches Bureau der Reichseisenbahnen.

3.955.2. Nr. 738. Bühl. Der am 18. April 1860 zu Bühl geborene katholische Gärtner Pius Lang, zuletzt wohnhaft in Bühl, wird beschuldigt, als Landwehrmann 1. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 5. Mai 1891, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht Bühl zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Rastatt ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.
Bühl, den 4. Februar 1891.
Boos,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.955.2. Nr. 738. Bühl. Der am 18. April 1860 zu Bühl geborene katholische Gärtner Pius Lang, zuletzt wohnhaft in Bühl, wird beschuldigt, als Landwehrmann 1. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 5. Mai 1891, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Groß. Schöffengericht Bühl zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Rastatt ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.
Bühl, den 4. Februar 1891.
Boos,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.